



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Bürgerbeteiligung und
Netzpolitik -

Tagesordnung Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 8. September 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-01-0006

**Erhalt und Ausweitung der Kompetenzen des Ausländerbeirates
-Antrag der SPD-Fraktion vom 28.01.2020-**

Aktuell wird im Hessischen Landtag der Gesetzesentwurf zur Verbesserung der politischen Teilhabe von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern an der Kommunalpolitik sowie zur Änderung kommunal- und wahlpolitischer Vorschriften diskutiert. Dieser sieht aktuell vor, dass Gemeinden mit mehr als 1.000 gemeldeten ausländischen Einwohnern die Möglichkeit haben, anstelle eines Ausländerbeirates eine Integrations-Kommission zu bilden. Hintergrund dieser Gesetzesänderung ist, dass in vielen Hessischen Gemeinden trotz einer Verpflichtung zur Wahlvorbereitung eines Ausländerbeirats keine Wahlen stattfanden.

In der Landeshauptstadt Wiesbaden haben wir den ältesten Ausländerbeirat Deutschlands. Seit dem Jahr 1993 werden zu den Wiesbadener Ausländerbeiratswahlen viele Wahlvorschlagslisten eingereicht, im Jahr 2015 waren es 10 Listen.

Der Gesetzesentwurf sieht eine Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) vor. Im Rahmen dieser Änderung bietet es sich an, die Möglichkeiten zur Kompetenzerweiterung der Ausländerbeiräte durch den Magistrat bzw. die Stadtverordnetenversammlung in der HGO zu ermöglichen.

Nach aktueller Einschätzung des Leiters des Wiesbadener Rechtsamtes ist dies nicht ohne eine entsprechende Änderung der HGO möglich, auch wenn andere Städte, wie beispielsweise Gießen, dies bereits aktuell praktizieren.

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Wiesbaden hält an der Wahl eines Ausländerbeirates auch nach einer Änderung der Hessischen Gemeindeordnung, welche die Einsetzung einer Integrations-Kommission anstelle der Wahl eines Ausländerbeirates ermöglicht, fest.
2. Der Magistrat wird gebeten, über die kommunalen Spitzengremien auf eine Änderung der Hessischen Gemeindeordnung hinzuwirken, mit dem Ziel, über kommunale Satzungen die Kompetenzen des Ausländerbeirates erweitern zu können.

Beschluss Nr. 0049

Der Antrag ist durch den Beschluss Nr. 0063 des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik vom 08.09.2020 erledigt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2020

Sobek
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .09.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2020

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Mende
Oberbürgermeister